



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen auf den
Muslimischen Wahlkompass**

Islam

1. Rund 2 Milliarden Menschen weltweit und etwa 5 Millionen Menschen in Deutschland sind Muslime. Was verbinden Sie mit der Weltreligion Islam?

Antwort:

Die Weltreligion Islam besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher Strömungen und Gruppen. Eine einheitliche Bewertung der Weltreligion Islam ist daher nicht möglich.

Für CDU und CSU gehört die Religionsfreiheit zu den wichtigen und prägenden Grundrechten des Grundgesetzes. Religiöser Glaube, Kirchen und Religionsgemeinschaften haben ihren festen Platz in unserer Gesellschaft.

Die Religionsfreiheit gilt für alle Menschen in Deutschland: Sie können sich frei entfalten und ihren Glauben leben, soweit und solange dies mit unserer Rechtsordnung vereinbar ist.

2. Gibt es für Sie relevante Beiträge von Deutschlands Muslimen zum Wohle der Gesellschaft?

Antwort:

Die in Deutschland lebenden Muslime tragen mit ihren Ideen und ihrer Arbeit seit langem zum Erfolg unseres Landes bei und gehören deshalb zu unserer Gesellschaft. Diese Beiträge liegen nicht nur im wirtschaftlichen Bereich – als erfolgreiche Unternehmer und Arbeitgeber sowie als fleißige Arbeitnehmer. Ob als Ärzte, Kindergärtner, Krankenpfleger, Handwerker, Polizist, Soldat oder als Ehrenamtlicher im Sportverein oder der Freiwilligen Feuerwehr – Muslime tragen in vielfältiger Weise dazu bei, dass es unserem Land und den hier lebenden Menschen gut geht.

3. Die Themen Islam und Muslime werden nachgewiesenermaßen mehrheitlich negativ behandelt und wahrgenommen. Wie kann angesichts einer vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger Medienberichterstattung die Politik einen rationalen Kontrapunkt setzen? Wie sähe der Beitrag Ihrer Partei aus?

Antwort:

CDU und CSU bekämpfen jede Form von Extremismus und auch der Islamfeindlichkeit. Der Einsatz für Toleranz ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft: Dazu gehören u. a. die Strafverfolgung, aber auch präventive Maßnahmen wie Bildungsangebote, gelebte Toleranz in den Schulen und der Ausbildung sowie der interreligiöse Dialog. Ein Schlüssel für die positive Wahrnehmung von Muslimen ist zudem die erfolgreiche Integration von Muslimen. CDU und CSU stehen an der Seite derjenigen Muslime, die ihre Religion im Einklang mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung leben.

4. Warum ist der "Dialog" der Religionen (u.a. anderer gesellschaftlicher Gruppen) wichtig?**Antwort:**

Dieser Dialog ist wichtig für das friedliche Miteinander in einer Nation und über deren Grenzen hinaus. Gegenseitiges Verständnis und Respekt sind entscheidend, um Probleme durch Zusammenarbeit zu lösen und Konflikte zu vermeiden. Dabei muss jeder Dialog auch die Möglichkeit zu offener Kritik beinhalten. Die Vertreter der Religionen können als Brückenbauer wirken – untereinander, in ihren Gemeinden und darüber hinaus. In der Deutschen Islam Konferenz haben CDU und CSU bereits vor Jahren den Dialog mit den hier lebenden Muslimen und ihren Organisationen begonnen.

5. Ein erheblicher Teil der Politik schaut bisher nur dann in der muslimischen Community vorbei, wenn es um Kandidatenkür und anstehende Wahlen geht. Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Einbindung von Muslimen und der Kommunikationen mit diesen?**Antwort:**

Die Muslime in Deutschland tragen seit langem zum Erfolg unseres Landes bei. In der Deutschen Islam Konferenz haben wir bereits vor Jahren den Dialog mit den hier lebenden Muslimen und ihren Organisationen begonnen. Wir erwarten greifbare Erfolge und werden die Dialogpartner dazu verpflichten.

Für CDU und CSU ist das „C“ eine Einladung: Jeder ist herzlich willkommen, der die Werte des Christlichen Menschenbildes teilt. Wir streben eine Mitgliederstruktur an, die die Vielfalt der Gesellschaft abbildet. Deshalb wollen wir auch mehr Bürger mit Einwanderungsgeschichte für eine Mitarbeit begeistern.

6. Was fasziniert Sie am Islam, an den Muslimen?

Antwort:

Der Islam ist eine große und bedeutende Weltreligion. Es gilt, die Freiheit der Religionsausübung in Deutschland zu garantieren und auch weltweit hierauf hinzuwirken, sich für den Dialog der Kulturen und für ein gedeihliches Zusammenleben in Deutschland und weltweit einzusetzen sowie eine positive Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften auf der Basis des Grundgesetzes zu fördern.

Innenpolitik

7. Welche Bedeutung hat für Sie die im deutschen Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit in Bezug auf den Islam und die Muslime in Deutschland?

Antwort:

Die Religionsfreiheit gilt für alle Menschen in Deutschland: Christen und Juden, Muslime, Hindus und Sikhs, Buddhisten, Bahais und viele andere. Sie können sich frei entfalten und ihren Glauben leben, soweit und solange dies mit unserer Rechtsordnung vereinbar ist. Wir ermutigen alle zum interreligiösen Dialog und zum gemeinsamen Eintreten für unser Land. CDU und CSU halten die Glaubensfreiheit für eines der wichtigsten persönlichen Rechte, denn sie schützt in besonderer Weise die Würde jedes einzelnen Menschen.

8. Warum sind sowohl der Islam, als auch die Muslime ein Teil Deutschlands?

Antwort:

Die in Deutschland lebenden Muslime tragen mit ihren Ideen und ihrer Arbeit seit langem zum Erfolg unseres Landes bei und gehören deshalb zu unserer Gesellschaft.

9. Was können Muslime konstruktiv zu den großen Fragen Deutschlands beitragen?

Antwort:

CDU und CSU rufen die Muslime in Deutschland auf, bei der Bewältigung aller Zukunftsfragen mitzuwirken. CDU und CSU wollen nicht, dass deutsche Bürger muslimischen Glaubens ihr Engagement auf bestimmte Themen und Fragestellungen verengen. Vielmehr ist es unser Wunsch, dass sie im gesamten Spektrum an den unser Land betreffenden „großen Fragen“ aktiv mitwirken und Lösungen für eine gute Zukunft erarbeiten.

Vgl. im Übrigen die Antwort auf Frage 2.

10. Welche konkreten Pläne und Konzepte haben Sie, um die großen muslimischen Religionsgemeinschaften - mit ihren tausenden Moscheen, hunderttausenden Mitgliedern sowie noch mehr Moscheebesuchern - in Hinblick auf eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft und Körperschaft des Öffentlichen Rechts zu unterstützen? Braucht es hier nicht eine Loslösung von der anhaltenden Debatte um die jetzige türkische Regierung sowie die deutsch-türkischen Beziehungen?

Antwort:

Das Religionsverfassungsrecht in Deutschland hat sich bewährt. Es bietet umfangreiche Möglichkeiten, mit denen Religionsgemeinschaften ihre Aufgaben erfüllen können. Der K.d.ö.R.-Status steht allen Religionsgemeinschaften offen, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen. CDU und CSU wollen helfen, dass sich der friedliche und integrationsbereite Islam in Deutschland auf dem Boden des Grundgesetzes so organisiert, dass er Verhandlungs- und Dialogpartner von Staat und Gesellschaft sein kann.

11. Wie im Judentum gibt es im Islam die Beschneidung von Jungen sowie das betäubungslose Schlachten. Beide religiösen Traditionen/Gebote stehen seit Jahren im Fokus von teils unangenehmen Debatten, bei denen auch antisemitische und antimuslimische Ressentiments durchscheinen. Wie positionieren Sie sich in beiden Fragen?

Antwort:

CDU und CSU achten religiöse Traditionen, die im Einklang mit dem Grundgesetz stehen. Die geltende gesetzliche Regelung ermöglicht die Knabenbeschneidung, da sie zentraler Bestandteil der jüdischen und muslimischen Religion ist. Die Rechtsgüter des Kindeswohls, der körperlichen Unversehrtheit, der Religionsfreiheit und des Rechts der Eltern auf Erziehung wurden mit der gesetzlichen Regelung in Einklang gebracht. CDU und CSU beabsichtigen nicht, Initiativen zur Verschärfung der Gesetzeslage beim Schächten zu ergreifen. Gleichzeitig werben wir für die reversible Elektro-Kurzzeitbetäubung.

12. Inwiefern setzen Sie sich für das Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen ein?

Antwort:

Wir freuen uns, wenn Menschen in Deutschland ihre Heimat und ihre Zukunft sehen, wenn sie die vollen Bürgerrechte und -pflichten und damit Verantwortung für unser Land übernehmen wollen. Wir wollen, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte durch die Einbürgerung auf allen Ebenen politisch mitbestimmen können. CDU und CSU lehnen jedoch ein Wahlrecht für Ausländer ab. Das Wahlrecht, mit dem das Volk die Staatsgewalt ausübt, setzt nach dem Grundgesetz die Eigenschaft als Deutscher voraus. Einzige Ausnahme ist hier das Wahlrecht für EU-Bürger auf kommunaler Ebene.

13. Wie stehen Sie zur doppelten Staatsbürgerschaft?

Antwort:

Die dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft muss grundsätzlich die Ausnahme bleiben. Sie soll insbesondere bei Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft durch hier geborene Kinder ausländischer Eltern künftig nicht mehr über viele Generationen weitervererbt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir bei Bürgern, die nicht aus der EU stammen, einen Generationenschnitt einführen. Dieser Schnitt soll nach der Generation der in Deutschland geborenen Kinder erfolgen, die durch Geburt in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.

Flüchtlinge/Zuwanderung

14. Für die Muslime, wie für gläubige Christen, ist die Hilfe von Menschen in Not eine Pflicht. Seit Beginn - der "Flüchtlingskrise" haben sich viele Christen sowie eine überproportional große Zahl von Muslimen in der Nothilfe sowie der langfristigen Betreuung engagiert. Damit haben sie auch das positive Bild Deutschlands im Ausland mit geprägt. Welcher Umgang mit dem Thema Flüchtlinge ist von Ihrer Partei für die nächsten vier Jahre zu erwarten?

Antwort:

In unserem Land ist es dank der großartigen Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Kommunen, in den Ländern und beim Bund sowie mit Hilfe von zigtausenden Ehrenamtlichen gelungen, die beispiellos große Zahl von Flüchtlingen zu steuern und zu ordnen.

Eine Situation wie im Jahre 2015 soll und darf sich nicht wiederholen, da alle Beteiligten aus dieser Situation gelernt haben. Wir wollen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durch Resettlement und Relocation nachkommen.

15. Welche Unterstützung wollen sie unternehmen, damit die Arbeit mit Geflüchteten auch unter der Maßgabe Fördern und Fordern durch muslimischen Institutionen und zivile Einrichtungen weiter fortgeführt wird?

Antwort:

Wir wollen, dass diejenigen, die dauerhaft oder für einige Jahre in Deutschland leben, sich in unsere Gesellschaft integrieren und Teil von ihr werden. Hierfür folgen wir dem Ansatz des Forderns und Förderns. Dazu streben wir den Abschluss von verbindlichen Integrationsvereinbarungen an. Auch mit dem Integrationsgesetz von 2016 haben wir dafür die Voraussetzung geschaffen. Wir haben die Sprach- und Integrationskurse ausgeweitet und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt verbessert.

16. Die Flüchtlingskrise ist eine Folge von vermehrten Fluchtursachen. Was wollen Sie daher unternehmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der "Kriegspolitik", der Unterstützung und Betreuung von Flüchtlingsstätten (Türkei, Jordanien, Libanon u.a.) und der Außenwirtschaftspolitik, z. B. durch Programme in den maghrebischen Staaten, zur Verhinderung weiterer Flüchtlingskrisen?

Antwort:

Deutschland hat seine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit seit 2005 von 3,9 Milliarden auf 8,5 Milliarden 2017 mehr als verdoppelt. Ein beachtlicher Teil dieser Mittel wird zur Fluchtursachenbekämpfung eingesetzt. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Aussichten der nordafrikanischen Staaten wollen wir mit einer weiteren Öffnung des EU-Binnenmarkts für ihre Produkte und durch einen besseren Schutz von Investitionen bei ihnen beitragen. Zudem wollen wir sie entwicklungspolitisch weiter unterstützen und bei der Sicherung ihrer Grenzen und bei der Terrorbekämpfung zur Seite stehen.

17. Welche Kernpositionen nehmen Sie in der Zuwanderungsdebatte ein?

Antwort:

Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Deshalb braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab.

Diskriminierung und Rassismus

18. Welche Positionen und Forderungen hat Ihre Partei bezüglich der wachsenden Diskriminierung von Muslimen in Teilen der Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und sozialen Netzwerken formuliert?

19. Wie kann es der Politik beim Themenkomplex Islam und Muslime gelingen der vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger reißerischer Medienberichterstattung einen rationalen Kontrapunkt entgegen zu setzen?

Die Fragen 18. und 19. werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:

CDU und CSU setzen sich gemäß Artikel 3 Grundgesetz gegen jegliche Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaube, religiösen oder politischen Anschauung ein. In Deutschland darf kein Platz für Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Intoleranz oder Diskriminierung sein. Zu unserem Land gehören alte und neue Deutsche, Menschen mit und ohne deutschen Pass, mit und ohne Migrationshintergrund. Die große Mehrheit ebenso wie ethnische und gesellschaftliche Minderheiten. Wir schließen niemanden aus und bitten alle, an einer guten Zukunft Deutschlands mitzuwirken.

Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Das Ziel der CDU und CSU ist weiterhin eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Deshalb wollen wir bestehende

Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

20. Angesichts der immer noch nicht umfassenden Aufarbeitung der NSU-Terrorserie und fehlender Lehren aus Fällen wie dem islamfeindlichen Mord an Marwa El-Sherbini im Dresdener Gericht: Was unternimmt Ihre Partei konkret gegen eine aggressive und rassistische Islamfeindschaft und regelmäßige Angriffe auf Muslime in Deutschland?

Antwort:

CDU und CSU unterstützen jegliche Aufklärung des NSU-Komplexes nach Kräften. Das galt für die Tätigkeit des 2. NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages. Weitere Untersuchungsausschüsse sind in den Ländern Hessen, Thüringen, Sachsen, Brandenburg und Baden-Württemberg tätig. Auch diese unterstützen wir mit hohem Einsatz. Insgesamt haben sich bislang 12 Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene intensiv mit der Aufklärung des NSU-Komplexes befasst.

21. In Anbetracht von rund 100 Angriffen auf Moscheen im Jahr und unzähligen sowie vermehrt auftretenden (Mord-) Drohungen gegen muslimische Vereine und muslimische Persönlichkeiten: Wie und vor allem wann werden Moscheen und andere muslimische Einrichtungen sowie deren Vertreter besser geschützt?

Antwort:

Die polizeiliche Gefahrenabwehr ist in unserer föderalen Zuständigkeitsordnung Aufgabe der Länder. Dies gilt gleichermaßen für Präventionsprojekte. Der Bund wirkt aber speziell durch Aufklärung an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit mit. Im Übrigen wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2017 das Themenfeld „islamfeindlich“ in den Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität eingeführt. Durch die Erfassung dieser Tatmotivation wird es zukünftig noch besser möglich sein, passgenaue Präventionsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

22. De facto diskriminierende Kopftuchverbote für Lehrerinnen oder Richterinnen wirken sich längst auch in der Privatwirtschaft aus. Wie lautet die Position Ihrer Partei hinsichtlich der Abschaffung von Kopftuchverboten?

Antwort:

CDU und CSU begrüßen, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Rechtssicherheit sorgt. Arbeitgeber können ihren Mitarbeitern vorschreiben, sich gegenüber den Kunden politisch, philosophisch oder weltanschaulich bzw. religiös neutral zu verhalten. Es muss aber allgemeine Regeln geben, die das Unternehmen ohne Diskriminierung durchsetzt. Unter diesen Bedingungen bleibt es den Arbeitgebern selbst überlassen, ob sie von der Regelung Gebrauch machen. Wichtig dabei ist, dass die Regeln allgemein formuliert sind und somit nicht nur bestimmte Symbole oder Religionen betreffen.

23. Welche Anstrengungen unternehmen Sie, damit Extremismus jeglicher couleur unterbunden wird und wie wollen sie die schon vorhandene Präventionsarbeit der muslimischen Gemeinden (Immunisierung durch Aufklärung in der Religion) in Zukunft noch weiter und vermehrt stärken?

Antwort:

CDU und CSU haben in der Extremismus-Prävention in den letzten vier Jahren viel erreicht. Wir haben viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Mittel aufgestockt und die erste bundesweite ganzheitliche Präventionsstrategie gegen Extremismus verabschiedet. Weiterhin haben wir das Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus auf den Weg gebracht.

Bei der Prävention setzen wir vor Ort an: in Kommunen, Familien, Vereinen und Verbänden, im Bereich Bildung, Strafvollzug, Bewährungshilfe und in den Moscheegemeinden. Diese werden bereits in der Radikalisierungsprävention unterstützt.

Internationales

24. Die Bundesrepublik ist weltweit einer der führenden Exporteure von Waffen/militärischer Ausrüstung und unterstützt damit faktisch auch kriegführende Staaten. Wie stehen Sie allgemein zum Thema und speziell zu Lieferungen an Konfliktparteien?

Antwort:

Deutschland arbeitet eng mit seinen Partnern in der NATO und der EU zusammen. Das bedeutet auch, dass man sich gegenseitig auch Waffen nutzbar macht. Es gibt auch Kooperationen, die über den Bereich der NATO oder der EU hinausgehen. Die Lieferung von Waffen an die Peschmerga hilft im Kampf gegen den IS und konnte vielen Menschen das Leben retten. Es ergibt ebenfalls Sinn, Sicherheitskräfte, die in Afghanistan oder Mali von der Bundeswehr im Kampf gegen den Terror ausgebildet werden, auch mit deutschen Waffen auszustatten. Gerade für solche Drittstaaten gibt es strenge Waffenexportregeln.

25. Die deutsch-türkische Beziehungen sind derzeit wegen des Agierens verschiedener Seiten an einem Tiefpunkt angelangt. Wie möchten Sie die Beziehungen zur Türkei verbessern und die Ausgrenzung türkischstämmiger, deutscher Bürger verhindern?

Antwort:

Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Europa ebenso wie die vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in unseren beiden Ländern. Wir sehen mit großer Sorge die jüngsten Entwicklungen in der Türkei im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, insbesondere Meinungs- und Pressefreiheit. Dennoch: Eine enge Zusammenarbeit dient den Menschen in Europa und in der Türkei. Wir führen beständig den Dialog mit der türkischen Regierung weiter.

26. Der Afghanistaneinsatz dauert schon länger als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen. Er hat über 100.000 afghanische Zivilisten und Dutzenden deutsche Soldaten das Leben gekostet. Die Sicherheitslage am Hindukusch ist aktuell katastrophal. Wieso wird laut deutschen Behörden trotzdem die Bedrohungslage für

afghanische Zivilisten als niedrig bezeichnet und wann wird der deutsche Einsatz beendet sein?

Antwort:

Das Ziel des internationalen Afghanistaneinsatzes ist, dass von Afghanistan keine Terroranschläge mehr ausgehen. Die Bemühungen, Afghanistan zu stabilisieren, müssen langfristiger und umfassender Natur sein. Sie müssen sich an den konkreten Bedingungen vor Ort orientieren und nicht an abstrakten Zeitplänen, die von der Situation vor Ort losgelöst sind. Gleichzeitig bleibt die afghanische Regierung aufgefordert, ihre Reformanstrengungen weiter zu verstärken. Zudem muss der Dialog mit den Teilen der Taliban gesucht werden, die zu einem friedlichen Ausgleich bereit sind.

27. Wie wollen Sie zur Befriedung Syriens und Jemens beitragen und wie wollen sie den Wiederaufbau politisch und ökonomisch in Syrien bewerkstelligen?

Antwort:

Die unionsgeführte Bundesregierung unterstützt die Staatengemeinschaft, damit sie alles dafür tut, um die Tragödie in Syrien, aber auch im Jemen zu beenden. Der Krieg in Syrien dauert nun sechs Jahre. Hunderttausende Menschen sind gestorben, viele verletzt und jeglicher Lebensperspektive beraubt worden. Der wiederholte Einsatz von Giftgas steht für die Menschenverachtung. Millionen Syrer mussten ihre Heimat verlassen, um entweder woanders im eigenen Land oder in den Nachbarstaaten Syriens und in Europa Schutz zu finden. Deutschland unterstützt das UN-Flüchtlingswerk, um das Leid zu lindern.

28. Welche Position haben Sie bei der Auseinandersetzung um ein Staatsgebiet für Kurden?

Antwort:

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass bewährte Friedensprinzip zu achten, demgemäß Grenzen nur bei Zustimmung aller Betroffenen verschoben werden dürfen. Im Gegenzug muss eine Regierung die Rechte der nationalen und religiösen Minderheiten

achten und respektieren. CDU und CSU sind daher dafür, dass die kurdischen Gebiete Teil des Irak bleiben.

29. Welche Lösungsvorschläge haben Sie bezüglich des Palästina-Israel-Konflikts und wie wollen sie den festgefahrenen Friedensprozess wieder in Gang setzen?

Antwort:

Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Wir treten für eine Zwei-Staaten-Lösung ein. Wir stehen konsequent für das Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen als jüdischer, demokratischer Staat sowie für einen souveränen, lebensfähigen palästinensischen Staat ein. Deutschland tritt deswegen im Dialog mit Politikern im Nahen Osten für eine Zwei-Staaten-Lösung ein und versucht die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört es auch, wo angebracht, Kritik an bestehenden Verhältnissen wie der Siedlungspolitik in der West Bank zu üben.

30. Donald Trump versucht seit seiner Amtseinführung, die Einreise von Muslimen in die USA einzuschränken. Was würden Sie dem US-Präsidenten sagen?

Antwort:

Der notwendige und auch entschiedene Kampf gegen den Terrorismus rechtfertigt in keiner Weise einen Generalverdacht gegen Menschen bestimmten Glaubens, in diesem Fall Menschen muslimischen Glaubens, oder Menschen einer bestimmten Herkunft. Das Vorgehen des US-Präsidenten entspricht nicht dem Grundgedanken der internationalen Flüchtlingshilfe und Kooperation. Es muss so rasch wie möglich Rechtssicherheit für die Betroffenen hergestellt werden. CDU und CSU halten es für richtig, dass die Bundesregierung über diese gesamte Fragestellung auch mit den europäischen Partnern im Gespräch ist.